

Interview über die Beitrittsperspektiven des Westbalkans mit MdEP Viola von Cramon und Dr. phil. Dušan Reljić

Am 3. August 2020 haben wir zusammen mit MdEP Viola von Cramon und Dušan Reljić über die aktuelle Lage und die Herausforderungen hinsichtlich der Beitrittsperspektiven des Westbalkans im Rahmen einer Online-Diskussion gesprochen, bei der auch unsere Teilnehmer*innen dazu eingeladen waren, Fragen zu stellen.

Frau von Cramon ist MdEP und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss für die Fraktion der Grünen bzw. für die Freie Europäische Allianz. Herr Dr. Reljić ist Büroleiter für die Stiftung Wissenschaft und Politik in Brüssel und forscht unter anderem zum Thema EU-Erweiterungspolitik.

EUD: Frau von Cramon, sie waren Wahlbeobachterin im Kosovo. Vielleicht können Sie kurz Ihre ersten Eindrücke schildern. Was sehen Sie als größte Herausforderung für einen Beitritt des Kosovos und für die ganze Region des Westbalkans?

Cramon: Am 6. Oktober 2019 gab es vorgezogene Parlamentswahlen im Kosovo, wie bisher jede Neuwahl auch. Der Unterschied war letztes Jahr, dass diejenigen, die gekämpft haben, bislang für sich immer die Wahlen gewonnen haben, weil das Erbe der Freiheitskämpfer diesen Parteien zugeschrieben wurde. Sie haben aber auch ein fragwürdiges Erbe bezüglich der Kriegsverbrechen mit zu verschulden und in den letzten Jahren vor allem auch die Korruption im Land maßgeblich mitbefördert, was vor allem die junge Generation sehr frustriert hat. Als Wahlbeobachterin kann ich sagen, dass es eine sehr hohe Wahlbeteiligung mit Schlangen an den Wahlurnen gab und es sich um eine sehr aktive Wahlbevölkerung handelt. Viele haben mich auf Deutsch angesprochen haben. Die Diaspora hat sich allein für die Stimmabgabe auf den Weg gemacht, weil sie sichergehen wollte, dass ihre Stimme nicht verloren geht. Sie haben den Flug gebucht und die Reise auf sich genommen, um ihre Stimme abzugeben. Dieses Mal soll sich im Kosovo wirklich etwas ändern. Ich möchte mit meiner Stimme einen Unterschied machen, haben sie gesagt. Also schon ein sehr ausgeprägtes demokratisches Bewusstsein und eben auch das Gefühl, ich kann mit meiner Stimme einen Unterschied machen und deswegen gehe ich auch wählen und investiere auch tatsächlich in diese Stimmabgabe. Das hat mich schon beeindruckt, muss ich ganz ehrlich sagen.

Die Wahl im Kosovo war mit einigen Schwierigkeiten verbunden, die wir in vielen Ländern sehen. Inwiefern im Vornherein auf gewisse Wahlgruppen Einfluss genommen wird, wie auch mehr oder weniger Druck ausgeübt wird auf fragile Gruppen, die vor allem im Staatsdienst angestellt sind. Wie eben auch Jobs im Vornherein verteilt werden, die nachher eingelöst werden, wenn eine bestimmte Partei an die Regierung kommt und so weiter. All das gab es natürlich im Kosovo. Dennoch haben wir als Beobachter und als Team gesagt, dass es schon auch freie, faire und inklusive Wahlen waren, mit allen Abstrichen in der Medienlandschaft und wie gesagt dem Druck auf bestimmte Gruppen in bestimmten Regionen. Gewonnen hat erstaunlicherweise Vetëvendosje. Das ist eine Partei, die sich durch einen sehr charismatischen Vorsitzenden auszeichnet, Albin Kurti. Das ist eine umstrittene Partei, an der sich viele Gemüter erhitzen und vor allem die US-Amerikaner sich sehr daran gestoßen haben. So war jedenfalls mein Eindruck, dass ab dem 7. Oktober, also Tag eins nach der Wahl, klar war, dass gewisse Kräfte ihn auf keinen Fall an der Spitze als Regierungschef sehen wollten, was eben die Regierungsbildung auch auf eine lange Zeit extrem schwierig machte. Erstmal gab es eine lange Zeit, in der noch die Stimmauszählung ausstand. Also der Tag vor der Wahl, die Wahlkampagne und ich würde auch sagen der Wahltag selbst entsprachen den Standards. Allerdings ab dem Tag nach der Wahl, also alles, was Stimmversicherung, Auszählung, Neuauszählung, Anfechtung, Anfechtung der Anfechtung und all das anging, entsprach keineswegs mehr den demokratisch-parlamentarischen und

europäischen Standards. Und da ist schon auch einiges verloren gegangen, da hat sich einiges verschoben. Da sind einige Mehrheiten im Parlament auch im Nachhinein nochmal geändert worden in einer Form, die man unter rechtsstaatlichen Aspekten nur noch schwer begründen konnte. Aber wir konnten natürlich nur noch mit dem leben, was wir dann vorgefunden haben. Und da es bis Ende Januar immer noch keine Regierungsbildung gab – aber als ich als Wahlbeobachterin natürlich dann irgendwann den Eindruck hatte, man muss jetzt Ergebnisse überbringen, man muss auch mit den entsprechenden Parteien und Fraktionen im Parlament aufnehmen – haben wir trotzdem schon eine Abschlussveranstaltung durchgeführt und die Reports, also die Abschlussberichte, die Evaluierung übergeben, wobei das im Grunde ein bisschen vorzeitig war. Dann hat sich ja doch die LDK, also die ehemalige Rugova-Partei zusammengerauft mit der Vetëvendosje zusammengerauft und sie haben mit ein bisschen Geburtsschmerz am Ende eine Regierung gebildet. Aber, das war auch klar, da waren in der Regierung selbst mehrere faule Eier, die eigentlich nur dazu dienten, die Regierung wieder sprengen zu lassen. Und genau diese Rechnung ist aufgegangen. Es gab Schwierigkeiten auch in der Absprache. Dann natürlich durch die Corona-Situation wurde Albin Kurti unter Druck gesetzt, den Ausnahmezustand auszurufen. Und wenn man sieht, wie sich die Zahlen entwickelt nach dem Regierungswechsel haben, ist das natürlich ein besonderer Hohn. Denn jetzt explodieren die Zahlen und jetzt spricht keiner mehr davon, den Ausnahmezustand auszurufen. Damals im März, als alles gut unter Kontrolle war und es wirklich einen sehr moderaten und gab es einen massiven Druck seitens des Innenministers, der eben eines dieser faulen Eier war, den Notzustand auszurufen. Das hätte dazu geführt, dass Kurti nicht mehr handlungsfähig gewesen wäre, da die exekutive Macht auf den Präsidenten gekommen war und das wollten alle in der Regierung, also alle, die sich hinter Kurti versammelt haben, vermeiden.

Das heißt, wir sind jetzt wieder an einem Punkt, an dem alles möglich ist. Die neue Regierung, die sich Ende Mai nach dem Urteil des Verfassungsgerichts sich mit ach und Krach im Parlament mit sehr viel Druck und mit sehr vielen Fragezeichen gebildet hat, hat die Corona-Situation ungleich schlechter unter Kontrolle, bis gar nicht unter Kontrolle. Und die Glaubwürdigkeit, also die Frage in der Bevölkerung, was ist meine Stimme noch wert, wenn wirklich wenig Bereitschaft im Parlament herrscht, sich an den Wahlergebnissen zu halten. Wenn sich die Regierung nicht an der Partei oder der Fraktion mit dem höchsten Stimmenanteil orientiert. Dass alles weggewischt wird. Das ist natürlich kaum zu erklären. Ähnlich kritisch hat sich die Parlamentspräsidentin Vjosa Osmani von der LDK geäußert. Sie war dadurch heftiger Kritik von allen Seiten ausgesetzt, aber am heftigsten von ihrer eigenen Fraktion. Sie wurde nicht nur stark gemobbt, sondern auch aus allen Parteiämtern geworfen. Man hat wirklich irgendwie versucht, sie komplett loszuwerden. Parallel dazu läuft ja auch noch die Anklage in Den Haag vor der Sonderkammer. Und da sind wir im Moment an einem Punkt, an dem der Staatsanwalt demnächst entscheiden wird, ob es zu einer Anklage kommt. Hashim Thaçi ist vor zweieinhalb Wochen für mehrere Tage verhört worden. Er hat das öffentlich gemacht, was eher ungewöhnlich ist. Aber er hat dadurch eine Haltung und eine Stimmung im Kosovo erzeugt, die versucht hat, auf diesem albanischen ethnischen Ticket zu segeln. Das nutzt die Vorstellung aus, dass diejenigen, die die Unabhängigkeit herbeigeführt haben, die den Krieg geführt haben, die die Kämpfe geliefert haben, die das Land befreit haben von den Serben nochmal versucht, die Reihen hinter sich zu schließen. Und das ist bis zu einem gewissen Grad auch gelungen. Es gibt mittlerweile eine Petition gegen den Sondergerichtshof und gegen den Sonderstaatsanwalt. Es gibt auch eine richtige Medienschlacht auch gegen mich persönlich, weil ich zufällig, was lange geplant war, auch in Den Haag war, und zwar einen Tag nachdem Thaçi abgereist war. Und jetzt wird das halt interpretiert von Thaçi und seiner PDK als würde ich in den Prozess intervenieren. Was absoluter Blödsinn ist, weil alle Berichterstatter für den Kosovo bisher auch vorher in Den Haag waren und es vollkommen normal ist, dass man sich die Institutionen anschaut, mit Menschen dort redet und sich informiert, wie die Strukturen da sind und welchen Teil der Legislative des Kosovos dort in Den Haag sitzt und warum es notwendig ist, die auch zu unterstützen.

Also was will ich sagen? Wir sind im Moment an einem Punkt, an dem es demnächst wieder Neuwahlen geben wird, weil der neue Premierminister Hoti keine Mehrheit hat. Thaçi versucht, seinen Kopf aus

der Schlinge zu ziehen, alle versuchen Osmani zu verhindern und man weiß im Grunde gar nicht, was die nächsten Schritte sind. Wie so oft im Kosovo ist alles möglich und wir müssen mal schauen, wie wir durch die nächsten Wochen kommen und wie auch Corona bedingt das Land im Herbst steht. Auch vor dem Hintergrund, ob die Anklage gegen Thaçi erhoben wird und das Präsidentenamt niederlegen muss und es an der Stelle zu einer vorgezogenen Neuwahl kommt oder Vjosa Osmani für mehrere Monate interimsmäßig als Präsident ihn vertreten oder berufen werden würde. Das wollen aber gewisse Kreise auf jeden Fall verhindern. Es bleibt also sehr spannend.

EUD: Wie alle Staaten des Westbalkans hat der Kosovo eine Beitrittsperspektive zur Europäischen Union. Herr Reljić, können Sie aus einer wissenschaftlichen Sicht besondere Problemfelder dieser Region benennen? Wie kann hier die EU auch helfen, eine Perspektive jenseits der aktuellen Situation anzubieten?

Reljić: Ich möchte kurz erklären, was sich hinter der SWP verbirgt. Nicht alle Hörer kennen die Stiftung Wissenschaft und Politik, die auch Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit heißt mit Sitz in Berlin und einer Außenstelle in Brüssel. Die Aufgabe der SWP ist es, den Bundestag und die Bundesregierung aufgrund unabhängiger, wissenschaftlicher Forschung zu beraten. Das heißt, was immer ich auch sagen werden, das sage ich im persönlichen Namen, denn es ist eine unabhängige Position und keineswegs etwas, was in irgendeiner Form für die Bundesregierung oder das Parlament steht.

Sie haben mich nach der Beitrittsperspektive gefragt. Wenn es ein Wort gibt, das die Menschen im ehemaligen Jugoslawien nicht hören können, dann ist es Beitrittsperspektive. Aus zwei Gründen: Diese Länder sind ja in Europa. Nicht nur das. Sie sind umgeben von EU und Nato-Länder. Ich mache immer den Vergleich zu Asterix und Obelix in ihrem Dorf in Gallien umgeben vom Imperium. Zweitens ist alles, was die Länder politisch und wirtschaftlich machen, aufs Engste mit der EU verbunden. Etwa 75% des Handels der Region ist mit den EU-Ländern, und da ist Deutschland führend. Finanziell ist es genauso. Die meisten Auslandsinvestitionen kommen aus den EU-Staaten. Und drittens die menschlichen Verbindungen. Etwa ein Viertel der Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder Albanien sind in die EU-Staaten in den letzten 20 Jahren ausgewandert. Weil der Wohlstand nicht zu ihnen gekommen ist, sind sie dorthin gegangen, wo der Wohlstand ist.

Im Falle Kosovos als der große Migrantentrack 2015 nach Deutschland einsetzte, da haben viele Beobachter überhaupt nicht gemerkt, dass im ersten Jahr auf diesem Track etwa 40% Albaner gewesen sind, aus dem Kosovo und aus Albanien selbst. Es wurde ausgerechnet, dass in einem Jahr 7% der albanischen Bevölkerung des Kosovos nach Deutschland gekommen ist. Und das hat sich fortgesetzt, aber nicht nur für den Kosovo, nicht nur für die Albaner. Im Durchschnitt reist alle zwei Minuten aus den sechs Staaten des Westbalkans ein Bürger legal in die Europäische Union ein. Und wenn man die Differenz zwischen den Geborenen und Gestorbenen auch berücksichtigt, dann leert sich die Region mit einer Geschwindigkeit von einem Menschen pro 90 Sekunden. Warum ist das so? Zum einen, weil viele Menschen politisch keine Perspektive sehen. Aber noch wichtiger ist es, dass das jetzige Verhältnis zwischen der EU und der Region, besonders sozioökonomisch, der Regierung letztlich keine Chance bietet. Denn die Region ist ein Exporteur billiger Arbeitskraft. Auch dort, wo es Investitionen gegeben hat in der Region ist es so, dass die Menschen für 300 Netto bis 400 Euro im Monat arbeiten. Und dann gibt es immer wieder diese Vorstellung. Ich begegne besonders in Deutschland und auch unter vielen Kollegen in der Wissenschaft und in der Politik, dass die Region am Tropf der Region hängen würde, aber im Grunde ist es umgekehrt. Viel mehr Geld fließt aus der Region in die EU, als dass die EU Entwicklungshilfe leistet. Zum einen wegen des großen Handelsdefizits der Region. In den letzten zehn Jahren hat die Region, wenn ich das so salopp ausdrücken darf, 100 Milliarden Euro Miese im Handel mit der EU gemacht. Und wenn man 100 Milliarden bezahlt, muss man Kredite aufnehmen und diese Kredite nimmt man auch in der EU auf, sodass der negative Kapitalfluss in jedem dieser Länder zwischen 5% und 8% des Bruttonettoproduktes ist. So viel Geld wird mehr Richtung Norden und Richtung Westen geschickt. Die Menschen brauchen keinen Nobelpreis für Wirtschaft zu haben.

Sie haben es schon längst verstanden. Sie wandern aus und die Region wird quasi immer schwächer, weil es nicht genug Menschen gibt, die auch politisch bereit sind gegen den Staat zu agieren. Denn der Staat ist außerordentlich mächtig. Er verteilt ja die Gelder, er verteilt die Posten. Wer nah am Staat ist, kann vieles bewirken. Eine unabhängige Mittelschicht, eine liberale Mittelschicht, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen würde, die wird immer dünner. Und zum anderen wird die Bevölkerung immer älter, mit einziger Ausnahme nach wie vor der Kosovo-Albaner. Aber im Großen und Ganzen ist die Bevölkerung sehr alt in der Region. Also es ist keine gute Perspektive, von der ich spreche.

Und wenn Sie mich fragen, was tatsächlich in der Region in den nächsten Jahren passieren wird, würde ich meinen, dass wir es einerseits mit wirtschaftlichen Unkosten zu tun haben werden, besonders nach der Pandemie. Und zum anderen werden die populistischen Kräfte, die Kräfte, die auf billige Lösungen setzen, immer stärker werden. Das ist schon jetzt der Fall in Serbien, in Montenegro, in Bosnien Herzegowina. Der Kosovo ist wiederum ein Sonderfall. Frau von Cramon hat ja erwähnt, dass besonders die USA etwas gegen Albin Kurti hat. Der Kosovo hat sich von Serbien losgetrennt aufgrund von Amerikas Unterstützung und bis zum heutigen Tage ist es so, dass der amerikanische Botschafter dort vieles bewirken kann. In der Vergangenheit gab es die amerikanischen Botschafter, die die Präsidenten im Kosovo haben absetzen lassen und andere Leute wurde zu Präsidenten gewählt. Jetzt ist es auch so, dass offenbar insbesondere die amerikanische Diplomatie gestört von Kurti gewesen ist. Aber das ist nicht der Grund, wieso der Kosovo nicht beitreten kann, sondern die Tatsache, dass von den 27 EU-Staaten fünf Kosovo nicht anerkennen. Das hat historische Ursachen. Das hat etwas mit den eigenen Problemen dieser Staaten zu tun. Aber letztlich ist die Frage von Staatlichkeit in der Region nach wie vor sehr offen. Das bezieht sich nicht nur auf den Kosovo, aber vor allem auf Kosovo. Ein Staat, der von fünf EU-Staaten nicht anerkannt wird. Ein Staat, dessen UN-Beitritt von zwei Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats blockiert wird, von Russland und China. Das heißt, alle Karten sind auf dem Tisch. Nur eine nicht, und zwar dass wir schnell eine gute und für alle verträgliche Lösung finden werden.

EUD: Das Thema ist in der Öffentlichkeit, zumindest hier in Deutschland, nicht sehr präsent. Gibt es aus Ihrer Sicht Möglichkeiten für die Zivilgesellschaft sich stärker zu engagieren oder ist eine Einmischung von deutscher Seite eher nicht hilfreich?

Cramon: Also ich glaube, alle, die ich in der progressiven Zivilgesellschaft kennengelernt habe, ob in Montenegro, in Serbien oder Bosnien. In Mazedonien war ich jetzt noch nicht und die sind auch nicht so oft im Parlament gewesen. Aber auch im Kosovo. Die hätten es in der Tat verdient, mehr Öffentlichkeit zu bekommen in Deutschland oder in der Europäischen Union. Und vielleicht ergänzend zu dem, was Herr Reljić gesagt hat: Ich glaube wir sprechen noch nicht einmal über Beitrittsperspektiven. Wenn wir vom Beitritt Kosovos reden, dann sind nicht die fünf Nichtanerkennen-Staaten in erster Linie hinderlich, sondern vor allen Dingen Frankreich. Wenn wir es wenigstens schaffen könnten, die VISA-Liberalisierung bis zum Ende des Jahres in irgendeiner Weise so weit zu treiben, dass die Bundesregierung sagt, wir kriegen es durch, weil Frankreich nicht weiter blockiert. Aber ehrlich gesagt hat unsere Glaubwürdigkeit so wahnsinnig gelitten, weil die Menschen sagen, wir sind für Reformen bereit. Wir arbeiten alles ab, was ihr uns an Agenden auf den Tisch legt. Wir bemühen uns, wir beziehen die Zivilgesellschaft mit ein, wir ändern unsere Rechtsgrundlage, wir machen dies und das. Die Erwartung, dass weitere Reformen ausreichen, ist gegen Null gesunken und das wird unser Agieren in der Region deutlich erschweren.

Ich habe heute Morgen ein langes interessantes Gespräch mit dem neuen Leiter des EU-Büros in Pristina geführt. Das ist ein tschechischen Diplomaten, der sich auch den Schwierigkeiten sehr bewusst ist und der sich auch vor dem Hintergrund der ungewissen Zukunft des Kosovos und der gesamten Region mit seinem französischen Kollegen oder seiner französischen Kollegin besprochen hat. Und ich hatte das auch im Parlament angesprochen. Ich hatte mit vier französischen Abgeordneten gesprochen und das ist wirklich abenteuerlich, mit welchen Ausflüchten, mit welchen Scheinargumenten da quasi

ein Grund gesucht wird, um dem Kosovo die Liberalisierung nicht zu gewähren. Und die Flucht in die amerikanische Diplomatie ist aus der Not geboren, weil wir ihnen das Leben wirklich nicht leicht machen. Und am Ende sagen sie, dann muss es halt ein Landtausch sein. Die Amerikaner schaffen es auf jeden Fall zu irgendeinem verbindlichen Abkommen, sodass es nicht mehr an China und an der russischen Föderation scheitern kann. Die EU schafft das nicht.

Diese Sachen sind natürlich alle sehr eng miteinander verwoben und oft hat man den Eindruck, der Kosovo ist in dem Fall auch nur eine Figur auf dem Schachbrett und sie sind gar Akteur, sondern nur einer der Bauern, die hin und hergeschoben werden. Gerade jetzt auch mit der Frage Richard Grenell und Trump. Irgendetwas musste da nach Washington rübergebracht werden, um einen vermeintlichen außenpolitischen Erfolg von Trump verbuchen zu können. Das ist natürlich brutal, weil das wirklich jeder demokratische Versuch, ein Agreement im Kosovo zu erzielen, komplett unterminiert, sodass wir jetzt in einer ganz schwierigen Situation sind.

Zu der Frage mit der Öffentlichkeit, ja ja ja! Aber eben nicht nur in Deutschland, sondern vor allen in den Ländern, und da beziehe ich mich jetzt auf die Niederlande und auf Frankreich, wo es so wenig Verständlich gibt, wo es so wenig Offenheit gibt. Wo es so eine verzerrte öffentliche Perspektive auf den Kosovo und auf die ganze Region gibt, sollten wir schon überlegen, wie wir auch schon in den Jugendverbänden, insbesondere junge Französinen und Franzosen, zu diesem Thema in irgendeiner Form sensibilisieren oder begeistern könnten. Ich habe auch schon dazu mit unseren Heinrich-Böll-Stiftungen in Paris und in Serbien gesprochen. Wie kriegt man junge Menschen aus Frankreich und dem Kosovo zusammen, sodass sie auf jeden Fall verstehen, wo das Problem liegt? Es wird keine Einwanderungswelle geben. Im Jahr 2019 gab es Null Asylbewerber aus dem Kosovo. Und trotzdem erzählte mir jeder Kollege aus dem Europäischen Parlament, mit dem ich gesprochen habe, ‚they are gonna seek for social benefits‘. Also das sind alles nur Schmarotzer, die sich nur in Frankreich breit machen. Heute kam das Argument, dass sich die Tschetschenen auf der Straße erschießen, weswegen wir den Kosovaren keine VISA-Liberalisierung geben. Dann bringen sie die Albaner und Kosovaren ständig durcheinander. Also man merkt, das Wissen ist sehr gering und es wird mit Vorurteilen gearbeitet. Es wird natürlich die innenpolitische Situation von Le Pen ganz scharf ausgenutzt und Macron und alle vermeintlich Liberalen versuchen dann diese Gangart mitzugehen, auf Kosten des Kosovos. Das macht es sehr schwierig. Wenn man Öffentlichkeitsarbeit macht und die Zivilgesellschaft im Kosovo mit eingebunden wird, sollte man daran denken, ob man ein trilaterales Bündnis daraus machen kann. Das würde der Situation auf jeden Fall deutlich helfen.

Reljić: Das deutsch-französischen Bündnis hat Projekte für den sogenannten Westbalkan und hat und hat sehr viel gerade in diesem Bereich Kosovo-Erben, Kosovo-Albaner und Franzosen und Deutschen gemacht. Vorletzte Woche war eine große trilaterale Konferenz zum Thema Migration. Ich teile Ihre Meinung, dass es sehr viele Vorurteile gibt, besonders jenen Staaten, die entfernter von der Gegend sind. Aber das ist zum Teil auch natürlich, wenn man das so ausdrücken kann. Die Niederlande haben einen zehn Mal größeren Handelsaustausch als Indonesien. Das ist eine frühere Kolonie. Frankreich ist mit den Maghreb-Staaten sehr eng verzahnt. Exjugoslawien ist sozusagen ein mitteleuropäisches Problem und seit 1991 war Deutschland ein Land, das aufs Engste involviert war in allen Entwicklungen, die es gab, bis zum heutigen Tag. Und es hängt sehr viel davon ab, wie man sich in Berlin positioniert, ob es sich tatsächlich im Bereich der Annäherung. Die Einbeziehung dieser Länder in allen möglichen Programmen der Europäischen Union. Schon jetzt sind 97% des Außenhandels der Regierungen vollkommen liberalisiert. Schon jetzt können Länder der Region sich an Erasmus und Erasmus+ beteiligen. Die Sache ist, gewinnt man politisches Kapital in Berlin oder in Paris oder irgendwo, wenn man sich für einen raschen Beitritt einsetzt?

Cramon: Null.

Reljić: Frau Cramon sagt Null. In diesem Sinne muss man die Sache so auffassen, dass auch die größte Unterstützung für die Zivilgesellschaft nicht die Situation in Berlin ändert oder in Paris. Die Debatte

muss im Bundestag geführt werden. Erst, wenn im Bundestag die Meinung eine andere ist, wird sich die Lage ändern. Die Menschen aus der Region selbst haben das schon längst verstanden. Sie wissen, dass ganz genau ihre Fähigkeit, sogar ihre Fähigkeit zu irritieren mit so leeren Phrasen über ‚jetzt werden und die Russen oder Chinesen helfen‘ oder ‚die Türken sind unsere engsten Verbündeten‘. Das alles ist nur ein Irritationsfaktor. Die Menschen in der Region wissen, dass für ihre Jugend die beste Perspektive darin besteht, eine gute Ausbildung zu bekommen und dann auszuwandern. So ist es und so wird es noch für eine ganze Zeit lang bleiben.

EUD: Was ist eine Best-Case-Entwicklung und inwieweit kann das Europäische Parlament bei der Entwicklung hin zum Beitritt helfen und welcher zeitliche Rahmen ist für einen Beitritt realistisch?

Cramon: Wir haben im Jahr 2022, wenn ich richtig informiert bin, in Frankreich wieder die Ratspräsidentschaft. Also entweder schafft es Merkel Macron davon zu überzeugen, dass es nur ein technischer Prozess ist, zum Beispiel diese VISA-Liberalisierung durchzuwinken. Das wäre eigentlich das wichtigste Signal, auch um andere politische Prozesse in der Region voranzubringen. Oder der Zug ist wahrscheinlich abgefahren. Slowenien hat in der zweiten Jahreshälfte 2021 die Präsidentschaft, dazwischen ist Portugal. Portugal wird sich dem Thema sicherlich nicht nähern. Also da ist ja nochmal die geographische Distanz ein wenig größer als zu Frankreich. Das heißt, die werden da etwas anderes außenpolitisch auf dem Teller haben.

Und was kann passieren? Wir sprechen jetzt über den Kosovo, aber die Region insgesamt ist ja mitten in Europa und wir müssen uns kümmern. Und wir kümmern uns, indem wir im Grunde immer sagen, ihr müsst euch anstrengen und wir sagen ihnen das seit zehn Jahren und noch länger. Wir geben da jetzt relativ viel Geld hin, aber wir nutzen das gar nicht, wir strukturieren das gar nicht. Und wenn wir jetzt nicht langsam liefern, gerade in Bezug auf Nordmazedonien und Albanien, und uns ernsthaft darum bemühen den Ländern zu zeigen, dass das nicht Scheinverhandlungen sind, dann tritt genau das ein, was Herr Reljić gesagt hat. Also dieser Auswanderungsprozess, der ist ja brutal. Ich hatte mir die Geschichte von Herrn Spahn erzählen lassen, dass er vor gut einem Jahr im Kosovo war und ganz begeistert war, dass auf der Straße nicht nur erkannt, sondern auch überall auf Deutsch angesprochen wurde. Und er hat sehr offensiv nach Kräften im Gesundheitssektor gesucht und wir machen uns da im Grunde mitschuldig. Wir geben zwar Geld rein, aber steuern die Verteilung des Geldes nicht richtig, also fördern Korruption. Gleichzeitig saugen wir die Arbeitskräfte, die wir gebrauchen können, sehr systematisch ab und verweigern aber der jungen Generation durch eine Nicht-VISA-Liberalisierung den Zugang, sodass das eine Land nicht auf Augenhöhe ist. Und das wird auf Dauer genau zu dieser Frustration führen. Wir werden mehr populistische Parteien sehen. Die Auswanderungswelle wird anhalten. Ein Land wie Serbien hat auch gar kein Interesse daran, die progressiven Kräfte zu halten. So habe ich das wahrgenommen, als ich im Februar in Belgrad war. Vučić ist das ganz recht, dass diejenigen, die ein bisschen eigenständiger, unabhängiger, progressiver, liberaler sind durchaus das Land verlassen wollen, weil die am Ende sowieso nur seine Vorherrschaft in Zweifel ziehen. Und was dann bleibt, ist auf jeden Fall nicht, was wir uns vorstellen, wie eine Region wirtschaftlich auf die Füße kommen kann und wie sich eine Region auch entwickeln kann. Und deswegen glaube ich auch, wenn wir die Programme Erasmus+, Horizon2020 schon ausgeschrieben hatten für die Region, kann ich mir nicht vorstellen, dass es da eine große Teilnahme gab. Ich habe das nicht überprüft. Erasmus+ vielleicht schon eher, aber die Wissenschaftskooperationen sind einfach vergleichsweise gering. Da ist nicht viel gekommen. Da muss es andere Möglichkeiten geben.

Jetzt sind wir beim Infrastrukturbereich. Durch diesen Recovery Fund, diesen Wiederaufbauplan, der ist ja auch relativ großflächig aufgerollt worden. Hoti hatte mir erzählt, dass sie im Bereich Energienetze, im Bereich Autobahn, aber auch vor allem im Bereich Eisenbahn tätig werden wollen. Wenn das realistische Projekte sind, dann ist das sicherlich gut für Kohäsion und für das Zusammenwachsen der Region insgesamt. Aber eigentlich müssen wir aus der Europäischen Region stärker um die Länder bemühen und da haben viele tatsächlich schon die Hoffnung ausgegeben. Nichtsdestotrotz kann man als Zivilgesellschaft immer etwas machen. Es gibt eine sehr aktive

Zivilgesellschaft in vielen Ländern, die sehr fit ist, vor allem im Medienbereich. Viele Blogger, viel zu den Erneuerbaren Energien. Es gibt im Umweltbereich wahnsinnig viele Leute, die auch Partnerinnen und Partner suchen. Da ist bestimmt ganz viel möglich. Aber da ist halt die Frage, wie systematisch kann man das angehen? Und es ist ja auch so, wie Herr Reljić sagte, eigentlich muss es erstmal politisch angegangen werden und die Leute müssen sehen, dass es im Bundestag nicht nur einmal, wenn das KFOR-Mandat (Kosovo-Force-Mandat: Mandat zur Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Kosovo-Truppe, Anm. der EUD) verlängert wird, Kosovo ein Thema ist, sondern auch eine politische Priorität bekommt. Und dann glaube ich, besteht auch wieder Hoffnung und dann gehen auch wieder Leute zurück und versuchen das Land mit aufzubauen. Also das wäre meine Einschätzung.

Reljić: Mein Appell an die deutsche Zivilgesellschaft wäre, wenn sie sich ein wenig mit Geld beschäftigt. Die Europäische Union hat ja angekündigt für die sogenannten Westbalkan-Sechs einen Fonds von etwa 3,3 Milliarden Euro bereitzustellen, um eben Infrastruktur und andere Sachen zu fördern. Allerdings ist nicht klar, wie viel in welche Form von Zuschüssen und wie viel in Form von Krediten kommt. Kredite kann man überall günstig bekommen. Die Länder sind verschuldet. Sie können sich im Grunde gar keine Kredite leisten. Die Zivilgesellschaft sollte mal versuchen, die Abgeordneten, auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Frage zu stellen, ob diese Region mit Geldern, ähnlich wie die Europäischen Staaten durch den Strukturfonds der EU, in ihrer Entwicklung unterstützt werden soll. Ein Beispiel. Kroatien ist EU-Land, hat etwa 3,9 Millionen Menschen und wird aus dem Recovery Fund der EU etwa 20 Milliarden Euro bekommen in den nächsten Jahren. Die Länder im Westbalkan werden, wenn sie Glück haben, 100 Millionen Euro bekommen. Und die werden wir nicht ganz frei rausgeben. Zum Beispiel, wenn sie weniger für Forschung, Entwicklung und Bildung ausgeben und mehr für Autobahnen und Eisenbahnen. Autobahnen und Eisenbahnen sind immer gut, aber in diesem Fall ist es eine Autobahn, die aus der EU in die EU führt, nämlich nach Griechenland oder Bulgarien oder Rumänien oder Ungarn. Und ich würde mir das so vorstellen, dass diese Autobahn die EU mit ihrem Geld bauen sollte, denn sie nutzt an erster Stelle der EU, um die Integration der Europäischen Union auch in Südosteuropa zu stärken. Mein Vorschlag an die Zivilgesellschaft in der Region ist, sich mehr mit den wirtschaftlichen und sozialen Themen zu beschäftigen und nicht anzunehmen, dass politische Konstruktionen, Stichwort Reformen und so weiter, ausreichen, um Sachen zu verändern.

EUD: Kann es daran liegen, dass Regierungen Frankreich und die Niederlande Angst haben durch den Kosovo-Beitritt Stimmen an Marine Le Pen und Geert Wilders zu verlieren?

Cramon: Das ist ganz sicher der Fall. Sie müssten die Mühen der Ebenen durchgehen und müssten erklären, dass es einen Unterschied zwischen Albanien und Kosovo gibt. Was mir in den Gesprächen mit meinen Kollegen da entgegenhallte an Vorurteilen. Albanien wird immer gleichgesetzt mit organisierter Kriminalität und es wird gesagt, dass es zu viel Kriminalität durch die Albaner gibt, was in beiden Staaten der Fall ist. Und wenn man dann sagt, dass Kosovo ein eigener Staat ist und nach Beweisen fragt, dass die Kriminalität wirklich auch durch Kosovo-Albaner verursacht wird, dann wird alles zusammengemischt. Teilweise wird dann gesagt, vielleicht haben wir den Albanern zu früh die VISA-Freiheit zugesprochen, eben vor dem Hintergrund der Wahlen.

Le Pen spielt das Ticket wohl sehr geschickt und intensiv, und anstatt, dass Macron versucht, das auch Sicherheitspolitisch für sich zu nutzen, weil er ja gerade die europapolitische Karte gern spielt und versucht, diesen Dialog mit zu befördern. Und den Dialog kann man eigentlich nur befördern, indem man auch Vertrauen wieder zurückgewinnt, und indem man auch sagt, wenn ihr eure Hausaufgaben macht, dann liefern wir. Und dafür ist die VISA-Liberalisierung das beste Beispiel und das ist eine Grundvoraussetzung, dass man auch einen erfolgreichen Dialog zum Ende bekommt. Und nur mit einem Dialog gibt es dann am Ende ja überhaupt die Chance für die beiden Länder auch aktiv eine europäische Perspektive anzugehen. Also ich würde ja noch gar nicht sagen, dass sie eine haben, sondern dass das dann erstmal die Voraussetzung ist. Klar, und Wilders ist natürlich das gleiche in grün und die Niederlande haben glaube ich nächstes Jahr schon Wahlen. Das heißt der Druck ist noch höher.

Wir haben es ja jetzt schon bei den Verhandlungen zum Haushalt, zum Recovery Fund gesehen. Es ging eigentlich nur noch darum, wer der sparsamste und wer der härteste Verhandler ist. So ähnlich muss dann auch bei der Frage der Beitrittsperspektive sein. Ich habe gehört, dass die Kanzlerin durchaus bereit ist, die Niederlanden zu überstimmen mit einer qualifizierten Mehrheit, aber einen französischen Partner würden sie nicht überstimmen wollen, selbst wenn es jetzt schon reicht. Das ist ja auch das, was ich den Kosovaren immer wieder sage. Ihr habt im Grunde eine Mehrheit. Wir haben jetzt mit einer Dreiviertel-Mehrheit im Parlament in der letzten Resolution die Empfehlung zum Westbalkan. Da war ein Paragraph, den die Franzosen versucht hatten rauszustimmen, und wir haben mit 75% gewonnen. Das ist deutlich mehr, als es in der Vergangenheit war.

EUD: Die Republik Nordmazedonien hat 2019 aufgrund von massivem Druck seitens Griechenlands und dem historischen Konflikt ihren Namen geändert. Hat sich die Beitrittsperspektive des Landes dadurch wesentlich verbessert? Und kann sich daraus eine Dynamik für die ganze Region ergeben?

Reljić: Was die Republik Nordmazedonien, die frühere jugoslawische Teilrepublik Mazedonien angeht, gab es glaube ich vier oder fünf Mal die Empfehlung der Europäischen Kommission, dass die Beitrittsverhandlungen beginnen sollten. Daraus wurde nichts, weil Griechenland blockierte, aber auch Bulgarien. Und es gab auch ein paar andere Staaten, die überhaupt nicht unglücklich darüber waren. Dann gab es einen glücklichen Augenblick, wo es in Athen und auch in Skopje linksgerichtete Regierungen gegeben hat, die ein Risiko eingegangen sind und dieses Abkommen unterschrieben haben, mit denen ein Rahmen zwischen den Beziehungen der Länder geschaffen wurde.

Nach wie vor gibt es Probleme zwischen Bulgarien und Nordmazedonien, aber letztlich ist der größte Gewinn von diesem Abkommen, dass die Republik Nordmazedonien der NATO beitreten konnte. Und damit ist es zu einer Stabilisierung der Grenze gekommen. Denn es war nicht immer gegeben, dass sich besonders die Angehörigen extremistischer Bewegungen unter den Albanern damit abfinden sollten, dass es keine Vereinigung der albanischen Gebiete in der Region geben könnte. Es gab einen bewaffneten Aufstand 2001. Es gab immer wieder Vorfälle. Die Meinungsumfrage in der Bevölkerung, besonders in der albanischen Bevölkerung, legen eine große Unterstützung für die Vereinigung dar und das ist nichts Verwerfliches. Allerdings, eben durch den Beitritt zur NATO, ist glaube ich die Grenze jetzt in der Region zumindest für einen Zeitlang negiert worden. Und das hat der Region auch gutgetan und das hat vor allem gezeigt, dass wenn zwei Regierungen entschlossen sind, Fortschritte in der Sache zu tun, dass es auch machbar ist. Man darf nicht vergessen, dass in der gesamten Region etliche Grenzfragen offen sind, sogar unter EU-Staaten. Slowenien und Kroatien haben trotz einer internationalen Arbitrage nach wie vor ihre Seegrenze nicht geregelt. Zwischen Serbien und Kroatien ist die Donaugrenze offen und so weiter. Der Zerfall Jugoslawiens ist ja nicht zu einem Ende gekommen. Man hat noch nicht alle Fragen der Staatlichkeit geregelt. Deswegen ist jedes Beispiel, das man in Nordmazedonien vorankommen kann, ein positives Beispiel. Aber daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass sich jetzt die Serben und die Albaner im Kosovo vertragen, oder dass sich in Bosnien die drei Hauptakteure viel besser verstehen werden, das ich glaube ich zu früh.

EUD: Frau von Cramon, wie schätzen Sie die Handlungsmacht vom Europäischen Parlament auf die Region des Westbalkans ein? Müsste mehr getan werden, um das Thema im Parlament präsenter zu machen?

Cramon: Nein. Ich glaube, die letzten Debatten haben eigentlich gezeigt, dass das Interesse aus dem Parlament heraus groß ist, und dass es da die Sensibilität gibt für die Bedeutung der Region. Nun hatte Kroatien natürlich auch die Präsidentschaft, was in dem Fall ganz gut war trotz Corona. Sie haben nicht viel auf die Kette gekriegt, aber auf jeden Fall haben sie sich sehr um die Region Westbalkan gekümmert und haben das Thema hochgehalten. Sie haben ja auch den virtuellen Summit abgehalten. Ich glaube das war ein wichtiges Signal. Sie haben vor Corona alle Parlamentssprecher und Sprecherinnen ins Parlament eingeladen. Also der Austausch auch mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der Region ist sehr intensiv und es vergeht fast keine Woche, wo wir nicht wirklich

viel Besuch - jetzt wird vielleicht alles erstmal ein bisschen anders - aus den Parlamenten, dem Regierungsapparat oder eben von NGO-Vertreter*innen hatten. Ich glaube, das Parlament ist eigentlich ist der beste Botschafter für die Region. Aber was eben nochmal die Geldfrage angeht, da haben wir nicht ausreichend Möglichkeiten, um zu kontrollieren, was wirklich mit dem Geld passiert. Und das ist schon ein Problem. Diese Aussage, ob das nicht eigentlich ein EU-Projekt ist, was aus den Kohäsionsmitteln der Länder des Westbalkans gezahlt werden, ist da natürlich eine berechnete Frage. Gleichzeitig profitieren die natürlich am meisten von der direkten Anbindung und wissen selbst, sonst wird es über das chinesische Geld getrieben. Es ist ja eine Co-Finanzierung. Also wenn wir das Geld geben, dann ist es schon eine große Möglichkeit der Co-Finanzierung.

Nichtsdestotrotz bin ich bei Herrn Reljić im Bereich Innovation und Technologie, Wissenschaft und Forschung, wo wir wissen, dass eigentlich die höchste Netto-Wertschöpfung nachher aus gegründeten Unternehmen käme. Da wird viel zu wenig Wert draufgelegt. Das Geld müsste man viel gezielter anlegen, indem man Dependancen von Universitäten, von Colleges, von Fachhochschulen, also von Lehrinrichtungen und Instituten dort niederlassen und dann auch hochkarätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Region bringen würde. Dadurch könnte man einen attraktiven Ort für junge Leute, die aus der EU in die Regionen zum Lernen und Studieren, zum wissenschaftlichen Arbeiten bringen. Das würde natürlich schon einen Unterschied machen. Aber meine Erfahrung ist, dass wir schon sehr viele Freundeskreise haben, die sich mit den einzelnen Ländern individuell, aber auch mit der Perspektive beschäftigen. Bei der Kommission müssen wir sehen. Die hat ja in Zusammenarbeit mit Frankreich diese Beitrittsmethodologie nochmal neu aufgelegt und hat angeblich die Skepsis der Franzosen so gut mit aufgenommen, dass sie den Beginn der Beitrittsgesprächen Nordmazedoniens zugestimmt haben. Das hatte einige überrascht. Der Kommissar Várhelyi hat angeblich den Franzosen zugestimmt, dass sie eine größere Mitsprache haben bei gewissen Evaluierungen. Ob das jetzt vorteilhaft ist oder

Reljić: Nicht nur den Franzosen.

Cramon: Nein, aber so wurde es kolportiert. Es wurde gesagt, dass man damit auf jeden Fall der Skepsis oder dem Zweifel der Franzosen nachgekommen ist. Klar, das kann natürlich jede bilaterale Delegation Experten aus den einzelnen Ministerien in die Region schicken und das geht dann in den Evaluierungsberichten der Kommission ein. Das ist vielleicht auch ganz sinnvoll und gut der Kommission ruhig noch zwei, drei Mal auf die Finger zu gucken. Da habe ich keine Probleme mit. Das Problem wird dann kommen, wenn gewisse Nationalstaaten sich dann zum Beispiel bei der Verwendung von Geldern oder auch wie gewisse Entwicklungen laufen sollen sich stärker einmischen. Und dann eigentlich den Prozess, der durch die Kommission gesteuert, außer Kraft setzen. Also da hätte ich schon Bauchschmerzen. Da weiß ich aber nicht, inwieweit Várhelyi das aus der Hand geben würde oder den Ländern ein Mitspracherecht einräumen würde. Das kann über den Rat bewertet werden, aber nicht über den Bericht der Kommission gehen. Ansonsten finde ich schon, dass das Parlament eher eine Triebfeder, ein Motor für den Beitritt ist. Bis auf die ID, also bis auf die ganz Rechten, teilweise die Linken, spricht sich die Mehrheit mit 75% bis 80% für einen Beitritt aus. Das es eigentlich schon eine gute Zustimmungsrate.

EUD: Welche konkreten Maßnahmen können neben der finanziellen Unterstützung europäischen Institutionen noch ergreifen, um die Region des Westbalkans zu unterstützen?

Reljić: Ich beschäftige mich mit diesem Thema seit etwa 20 Jahren und habe seitdem viele Erweiterungsmethodologien, viele seltsame Situationen erlebt, in denen einzelne Staaten auf einmal auf etwas gepocht haben. Es ist wohl so, dass der historische Augenblick, in dem Westeuropa bereit war, über eine schnelle Erweiterung nachzudenken, vorbei ist. Der Augenblick 1990, als es darum ging, mit einer schnellen EU-Erweiterung zu verhindern, dass es Rückfälle gibt - und zwar nicht nur im Sinne von einer etwaigen sowjetischen Wiederbelebung, sondern dass man auch autoritäre Modelle verhindert - dieser Augenblick ist nicht mehr gegeben. Denken Sie zurück. Dass Spanien, Portugal und

Griechenland der EU beitreten konnte, war auf die Gefahr zurückzuführen, dass es dort zu einem Rückfall in autoritäre Herrschaft kommt. Dass man nach Osten, Mittelosteuropa erweitert hat, hatte dieselben Ursachen. Dann gab es noch Sachen, die man abarbeiten wollte, z.B. die Probleme mit Bulgarien und Kroatien. Letztlich ist es aber so, dass man dort im politischen Denken Westeuropas, nachdem der Westbalkan umzingelt ist von der NATO und von der EU, kein Sicherheitsproblem mehr sieht. Die Sicherheit wird vielleicht noch dadurch in Gefahr gesehen, dass es eine serbische Mafia, eine albanische Mafia gibt, die sehr gut mit der kolumbianischen Mafia zusammenarbeitet. Aber das sind für mich auch Wirtschaftsfragen. Dort, wo es eine Nachfrage gibt, gibt es auch Angebote an kriminellen Machenschaften.

Letztlich könnte es zu einem Umschwung geben, wenn auf einmal die Konfrontation mit Russland an Intensität zunehmen würde, oder wenn China tatsächlich versuchen würde, imperial in Europa zu agieren. Dass die meisten Gelder für die Infrastruktur im Westbalkan derzeit aus China kommen, ist ja nicht darauf zurückzuführen, dass die Chinesen besonders günstige Konditionen bekommen. Sondern es ist ein mangelndes Interesse in Westeuropa, dort die Infrastruktur fertigzustellen. Deswegen bin ich skeptisch. Ich meine nicht, dass wir etwas revolutionäres Schnelles erleben werden. Wir werden wahrscheinlich dieses Durchwursteln, das es in den letzten zehn Jahren schon gibt, weiter erleben und es führt zu einer zunehmenden Frustration besonders bei den jungen Menschen in der Region. Entweder auswandern oder die innere Migration sich zum Ziel setzen. Das ist leider so. Es tut mir leid, dass ich nicht mehr Enthusiasmus verbreiten kann. Aber ich glaube, dass die Aufgabe vom Rat darin liegt, den Schattenboxer zu spielen und zu sagen, wo die Schwachpunkte sind.

Cramon: Also ich finde das gar nicht schwarzmalersch, sondern eine sehr gute und realistische Analyse und alles andere würde ja auch den Menschen nicht gerecht. Ich habe am Anfang auch mein Erwartungsmanagement zu hoch geschraubt in der Region und das schafft am Ende nur Frustrationen und Enttäuschungen. Und das haben sie in der letzten Zeit schon genug gehabt und ich befürchte ich muss teilweise meinen Kurs korrigieren, weil ich gedacht habe, wir kommen schneller voran. Aber unter den gegebenen Voraussetzungen und dem mangelnden politischen Willen, aber auch den vielen eigenen Problemen, die wir in der EU haben, läuft gerade das, was im Westbalkan läuft - wenn es kein Krieg gibt und es keine Erdbeben oder irgendwelche Katastrophen - unter ferner liefen. Ja, die Chinesen. Wir hatten ja jetzt auch häufiger drüber gesprochen, weil natürlich die Chinesen ein großes Interesse daran haben, wenn sie den Hafen in Piräus haben, dass sie die Bahntrasse auf jeden Fall durchbauen und auf jeden Fall auch selbst die Lizenzen vergeben können. Und das wird nochmal wieder ein bisschen den Wettbewerb beflügeln. Also da glaube ich auch, dass sich einige geärgert haben, dass Kroatien Belgrad oder Belgrad Thessaloniki - welcher Streckenabschnitt wurde an die Chinesen schon abgetreten?

Reljić: Die Chinesen arbeiten überall, aber derzeit wird Belgrad Budapest investiert. Das ist sehr interessant diese Strecke. Aber letztlich darf man auch bei den Chinesen eins nicht vergessen. Die bauen diese Eisenbahn, um ihre Produkte nach Westeuropa zu exportieren. Und es ist ein Teil der Globalisierung auf chinesische Art. Und zum anderen haben die Chinesen schon längst verstanden, dass zuhause dort in China die Arbeitskräfte teurer sind als in Osteuropa und Südosteuropa. Also wird auch ein Teil der Produktion dort ausgelagert. Das heißt, wir haben es mit einer Ausdehnung des politischen und ökonomischen Modells, eines politischen Kapitalismus der chinesischen Art zu tun. Und das ist ein Gegenmodell zum liberalen Kapitalismus, den man besonders in Deutschland und anderswo jahrelang gepflegt hat. Deswegen ist der Balkan ja auch geopolitisch interessant. Er ist an sich unwichtig, vollkommen unwichtig. Die Bevölkerung des Westbalkans macht 3,4% EU-Bevölkerung aus. Aber weil sich so viele Strömungen da treffen, deswegen ist die Sache so interessant.

EUD: Ja, der Balkan ist natürlich auch historisch immer ein sehr großes geopolitisches Thema gewesen. Blicken wir jetzt nochmal mehr auf die gesamte Region des Westbalkans. Während in 2020 in Nordmazedonien die Wahl von der sozialdemokratischen Partei dort gewonnen wurde, hatten Sie ja von Cramon schon davon gesprochen, dass im Kosovo eher eine konservative Partei die Wahl

gewonnen hat. Wie hoch schätzen Sie denn das Risiko ein, das der Kosovo eine ähnliche Richtung einschlägt wie Ungarn? Können Sie sich vorstellen, dass sich EU-kritische Tendenzen entwickeln?

Cramon: Ich glaube die Zustände im Kosovo kann man nicht mit Ungarn vergleichen, ganz im Gegenteil. Es ist eher die Frage was hilfreich wäre, wenn wir mit den US-Amerikanern wieder an einem Strang ziehen könnten. Also wenn wir mit einer Stimme sprechen könnten und die US-Amerikaner im Grunde nicht unseren Kurs komplett unterlaufen würden. Aber es ist ein bisschen schwierig. Man kann im Kosovo die Partei nicht programmatisch wirklich einordnen, auch wenn die Volkspartei, also die EPP bzw. EVP zwar Partner oder Schwesterpartei von der Rugova-Partei ist. Die LDK ist sozusagen die bürgerliche Mitte oder das Zentrum, wie sie sich gerne sieht. Dann habe ich ja eben über die Veteranenpartei, über die PDK, über die AKK gesprochen. Das sind ja eher die Kämpfer, die sich da zusammengeschlossen haben. Und es gibt eben Vetëvendosje als starke eher Linke, die Beobachterstatus bei den Sozialisten haben, und die im Moment tatsächlich klar im Aufwind sind. Dadurch dass die Diaspora auch wahlberechtigt ist und ihr Recht auch wahrnimmt, und weil die LDK so an Vertrauen verloren hat, sind die Umfragen für die bürgerliche Mitte ziemlich in den Keller gegangen. Und ich glaube, dass auf jeden Fall Vetëvendosje, so wie es momentan aussieht, von Neuwahlen klar profitieren würde. Wie das dann insbesondere in den USA rezipiert wird, müsste man wahrscheinlich nach dem 3. November sehen, wenn es dort zu Neuwahlen gekommen ist.

Die Einmischung beim letzten Mal war heftig und hat sicherlich nicht zu einer Stabilität der neuen Regierung im Kosovo geführt. Aber ob das jetzt für alle Länder gleichermaßen gilt? Also ich habe natürlich gesagt, wenn die Frustration größer ist, dass es sicherlich leichter für radikalere Parteien ist, Boden gutzumachen.

In Serbien gibt es überhaupt keine Alternativen. Es gibt keine Opposition, es gibt keine unabhängigen Kandidatinnen und Kandidaten. Von daher stellt sich die Frage nicht. Montenegro ist ähnlich machtpolitisch aufgestellt. Nordmazedonien hat jetzt gerade gezeigt, dass es pluralistisch ist und das war auch ein wichtiges Signal auch Richtung EU. Die hatten auch ein großes Interesse daran, dass ihre Wahlen nicht gefälscht sind. Sie hatten trotz Corona OSZE ODIHR-Missionen (OSZE - Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; ODIHR - die Menschenrechtsinstitution der OSZE: Anmerkung EUD) ins Land gelassen und haben denen auch allen Zugang gewährt. In Serbien war das überhaupt nicht möglich und man konnte gar nicht außerhalb der Hauptstadt irgendwo beobachten. Ich bin ganz gut befreundet und im Austausch mit einer Frau, die für die OSZE dort die Rechtsexpertin war. Sie hat mir immer wieder ihre Einschätzung intern geschickt und das ist im Grunde verheerend da. Und da haben wir als EU auch nicht richtig reagiert. Ich war im Debriefing des EU-Botschafters aus Serbien im EU-Parlament und wenn man sich diese Weichspülerei angeschaut hat, dann muss man sich nicht wundern, dass Vučić sich seiner Sache komplett sicher ist und da keine Sanktionen, keine härtere Gangart zu befürchten hat. Und das spricht sich natürlich rum.

In der Region wird das ja auch beobachtet, wie man mit einem Vučić umgeht. Und da bin ich die einzige gewesen, die nach der Wahl von Vučić als nationale Feindin des Landes auserkoren wurde und ich einer Pressekonferenz namentlich erwähnt wurde. Das hat mich jetzt nicht unbedingt tief berührt, aber das zeigt halt, wenn man Kritik übt, wird man auch ernst genommen. Warum auch immer andere das nicht tun und da vielleicht auch bisschen den Präsidenten herausfordern, was ja eigentlich unsere Aufgabe wäre, da wir ja unabhängig gewählte Abgeordnete sind. Und auch die Kommission ist unabhängig. Wir sind nicht abhängig von dem Willen des Herrn Vučić. Da sind viele bei uns viel zu nachlässig und nutzen ihren Einfluss auch nicht aus.

Reljić: Ich weiß eigentlich nicht was ich noch hinzufügen würde. Außer, dass es neben den rein politischen Spielen, die es gibt, in ganz Mittelosteuropa und auch Südosteuropa eine sozio-ökonomische Umwälzung gibt. Und die geht in Richtung, das hatte ich vorhin schon gesagt, eines politischen Kapitalismus nach dem Modell, das sich in China und in Russland gefestigt hat und einen großen Zuspruch in Ländern wie in Ungarn und der Türkei und anderswo findet. Ich glaube, dass man

in Westeuropa nicht bemerkt, dass das eigene Modell, das man für so stark und so überzeugend empfunden hat, und das man ja exportiert hat nach Osteuropa und nach Südosteuropa, dass dieses Modell, indem es die Armut nicht behoben hat, indem es die Gesellschaften dort in eine Situation getrieben hat, wo sie sehr wenig an moderner Technologie selbst entwickelt haben und sie sehr wenig selber Forschungen entwickeln, nicht funktioniert, sondern dass diese Staaten die verlängerte Werkbank Deutschlands und Italiens sind. Dass daraus eine Situation entstanden ist, indem der Staat überall in der Region Südosteuropa, aber auch Osteuropa immer stärker wird und dass natürlich dann Menschen, wie Orban in Ungarn und anderswo, wenn sie einmal den Staat kontrollieren, nicht so leicht freigeben. Das geht auch in die EU rein. Es ist doch kein Zufall, dass einer der engsten Mitarbeiter von Herrn Orban aus Ungarn der jetzige Erweiterungskommissar Várhelyi vor den Wahlen in Serbien gesagt hat, dass er die Konditionen für die Wahl in Serbien als sehr gut empfunden hat. Die Verbindung zwischen den autoritären und populistischen Kräften in der EU mit Südosteuropa und anderswo ist da. Dort laufen die Sachen, die das liberale Modell der Europäischen Union untergraben.

EUD: Ein Kommentar aus dem Publikum. 'Die Europäische Union muss etwas tun, weil die Investitionen der Chinesen und der Türken bis jetzt sehr hoch waren und jeden Tag steigen, was nicht der prowestlichen Einstellung der Bevölkerung dient.'

Cramon: Das interessante ist, dass wir immer unter dem Radar segeln. Wenn die US-Amerikaner jetzt bei dem Recovery Fund 100.000 Euro geben, dann wirkt das mehr als wenn wir 3 Milliarden geben. Sie sind einfach deutlich besser in der Selbstdarstellung, der Vermarktung, im Sichtbarmachen ihrer Mittel und ihrer Unterstützung. Und wir haben ja eben gehört, dass die Chinesen nicht das Geld umsonst ausgeben, sondern dass es relativ teure Kredite sind. Das ist durchaus nicht vorteilhaft für die Region. Wir dagegen haben natürlich eine Konditionalität, aber die Finanzierung der Kredite ist deutlich günstiger. Und wir gehen jetzt auch langsam dazu über, ein bisschen mit Zahlen und mit Charts zu arbeiten, um zu zeigen wie viel Geld von der EU aus in die Region für die einzelnen Projekte und für die Bereiche Rechtsstaatlichkeit, aber eben auch Bildung, Ausbildung, KMU-Förderung, Gesundheitsversorgung und so weitergegeben wird. Oder auch bei der Energieversorgung. Ich glaube, wir sollten viel stärker, viel intensiver in die dezentrale Energieversorgung gehen, in Speicherung, in Anlagen, Photovoltaik und Windanlagen. Da ist nichts passiert in den letzten zehn Jahren. Bilaterale Hilfe aus Deutschland hat ein paar Windkraftanlagen an Land aufstellen lassen, aber das ist verschwindend gering angesichts des Potenzial. Und eben auch Photovoltaik ist überhaupt nicht systematisch eingesetzt worden. Da könnte man jetzt vor dem Hintergrund European Green Deal im Recovery Fund deutlich mehr machen. Da sollten wir einen Akzent setzen und auch stärker in der breiten Öffentlichkeit kommunizieren. Ich glaube, da kann von EU-Seite viel mehr gemacht werden. Wir als EU denken uns immer, das ist die Aufgabe der Regierung, die Hilfe, die sie empfangen haben, gut in ihrem und unserem Sinne zu vermarkten. Das ist aber häufig nicht der Fall und da sollte die EU offensiver mit den Angeboten umgehen.

EUD: Welche Anreize könnte es für Unternehmen geben, in die Region des Westbalkans zu investieren?

Cramon: Natürlich muss es da eine Entbürokratisierung geben. Aber wir hatten eben schon gehört, dass die Grundkosten sehr niedrig sind. Zum Beispiel für einen der größten Autozulieferer. Ich saß nämlich, als ich nach Belgrad geflogen bin, neben einem der jungen Monteure von Zettl. Der hatte mir erzählt, dass sie ein großes Anlagenwerk westlich von Belgrad hinstellen und in kurzer Zeit auch bezugsfertig sind. Ich weiß natürlich nicht, wie sich das jetzt mit Corona verhält und dem Zusammenbruch des Automobilmarktes in der Europäischen Union. Ich habe auch im Kosovo in Pristina einige deutsche Unternehmer kennengelernt, die durchaus sehr erfolgreich sind, zum Beispiel bei der Produktion von Textilien und dem Handel von Textilien und Schuhen. Oft ist es so, dass es für Frauen in internationalen Unternehmen eine Möglichkeit ist, sich zu emanzipieren, teilweise auch zum ersten Mal ein eigenes Konto zu unterhalten und auch eine andere Sozialstruktur in die oftmals sehr patriarchalen Familienstrukturen einzubringen. Ich hörte nur von den deutschen Unternehmern, dass

sie sehr zufrieden sind mit der Zuverlässigkeit und dem Engagement, mit der Arbeitshaltung. Die zahlen auch gut und versuchen dadurch auch die Sozialstandards tatsächlich nach oben zu bringen und gleichzeitig bekommen sie aber auch eine Menge dafür.

Also was kann man machen? Ich glaube, wir als EU können gar nicht mehr machen. Wir können natürlich gucken, dass der politische Rahmen stimmt, also die Sozialstandards so hoch wie möglich zu setzen, damit die Bevölkerung auch wirklich geschützt ist, nicht ausgebeutet wird. Und natürlich, dass die Korruption im Land verhindert wird, indem es vernünftige Ausschreibungsbedingungen gibt, dass es transparente Ausschreibungsbedingungen gibt, dass Sozial- und Umweltstandards eben auch in Ausschreibungsbedingungen drin sind, dass so etwas wie eine Abfallentsorgung mit eingepreist ist und so weiter. Also diese Punkte, die wir natürlich bei anderen Marktteilnehmern möglicherweise aus China nicht in dieser Form sehen. Das muss unser Interesse sein, da voranzukommen. Dann hilft das auch der Region insgesamt. Aber wir können den wettbewerblichen Rahmen glaube ich nicht großartig verändern. Das müssten die Länder natürlich schon selbst machen.

EUD: Möchten Sie noch ein Abschlussstatement loswerden?

Cramon: Ich bedanke mich für die Einladung, für das Interesse, für die Möglichkeit, das Thema hier mal aufzurufen. Ich würde mich freuen, wenn wir das vielleicht dann irgendwann in einer Realveranstaltung mit echten Teilnehmerinnen und Teilnehmern und Fragenden, vielleicht eben auch mit Menschen aus der Region wiederholen und erweitern könnten. Weil ich glaube, das bereichert eine Veranstaltung. Es ist natürlich auch immer ein bisschen abwechslungsreicher, wenn nicht wir über die Region sprechen, sondern mit Personen, mit Menschen, mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus der Region sprechen, die natürlich teilweise eine ganz andere Perspektive auf unsere Politik haben. Und ich glaube, das ist auch wichtig, diesen Perspektivwechsel vorzunehmen. An sich kann ich allen empfehlen, ob urlaubsmäßig oder jemand, der auch mal Lust hat ein Praktikum zu machen, in die Region zu fahren, Leute direkt vor Ort aufzusuchen, sich einen eigenen Blick zu verschaffen. Die meisten kommen total begeistert wieder und kommen auch mit einer ganz anderen Sicht und Einblicken wieder, weil sie die Region auch unterschätzt haben, und weil die öffentliche Wahrnehmung über diese sechs Länder leider vorwiegend negativ ist. Oder die negativen Nachrichten uns erreichen, das Leben aber da unten vor Ort tatsächlich sehr aufregend und vielseitig ist. Ich habe einen Bürgermeister besucht außerhalb von Belgrad, der im Grunde all das, was wir Grüne und wünschen im Bereich Stadtpolitik, Verkehrspolitik, Fassadensanierung, energetischer Sanierung, das hat er alles aus kommunalen Mitteln erreicht. Also das war wirklich eine vorbildliche fünfjährige Bürgermeisterperiode. Im Moment ist noch unklar, ob Vučić ihn als Bürgermeister wieder ins Amt lässt oder ob die Wahlen wie in der ersten Runde extrem gefälscht sind und er da weichen muss. Aber was ich nur sagen will ist, dass die Region vielseitig ist, ganz unterschiedliche Stärken und Schwächen hat. Und wer die Möglichkeit hat, dem und der kann ich nur empfehlen auch hinzureisen und mit den Menschen vor Ort Kontakt aufzunehmen. Das ist glaube ich auch die Brücke, die es dann für die Menschen selbst leichter macht, die Zeit zu überbrücken und vielleicht noch besondere Anstrengung für die nächsten Jahre vorzunehmen und um die eigenen Möglichkeiten in den Ländern besser auszuschöpfen.

EUD: Vielen Dank, dass Sie Zeit hatten, das Thema heute mit uns zu diskutieren.